

Oradea verbietet Pride-Marsch: ARK plant friedlichen Protest trotz Verbot!

Erneute Spannungen um Pride-Veranstaltungen in Rumänien und Ungarn: Verbote, Proteste und der Kampf um LGBTQ+ Rechte.



Oradea, Rumänien - Am 24. Juli 2025 spitzt sich die Situation rund um LGBTQ+-Veranstaltungen in Ungarn und Rumänien zunehmend zu. Während die Stadtverwaltung von Oradea ein geplanter Pride-Marsch für diesen Samstag untersagt hat, zeigten zehntausende Menschen in Budapest letzten Monat eine beeindruckende Solidarität trotz behördlicher Verbote. Dies ist der Kontext für die aktuelle Entwicklung in der Region.

Die Pride-Veranstaltung in Bukarest fand bereits am 7. Juni statt, und die Organisatoren hatten ursprünglich mehrere Routen für den Marsch vorgeschlagen, die jedoch alle abgelehnt wurden. Die Stadtregierung von Oradea berief sich auf Baustellen und bereits angemeldete Veranstaltungen für ihr Verbot. Der Verein

ARK Oradea, der die LGBTQ+-Rechte vertritt, sieht durch diese Maßnahme grundlegende Bürgerrechte verletzt und plant, rechtliche Schritte gegen die Stadtverwaltung einzuleiten.

Widerstand gegen die Verbote

ARK Oradea kündigte an, den Marsch trotz des Verbots als friedlichen Protest abzuhalten. Präsident Iuliu Ditiu äußerte Besorgnis über einen „gefährlichen Präzedenzfall“ und erinnerte an das Verbot der Regenbogenparade in Budapest, das Ende Juni in einer Rekordbeteiligung endete. In Budapest nahmen bei der 30. jährlichen Pride, trotz eines Verbots durch die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán, rund 100.000 Menschen teil, was die Veranstaltung zur größten in der Geschichte Ungarns macht.

Der Marsch in Budapest begann am Rathaus und führte durch das Stadtzentrum. Die Polizei musste die Menge von einer kleinen Gruppe rechtsextremer Gegendemonstranten trennen. Teilnehmer schwenkten Regenbogen- sowie anti-regierungsflaggen und liefen ohne Angst durch die Straßen, während die ungarische Regierung sich auf ein neues Gesetz berief, das es zu einer Straftat macht, Veranstaltungen abzuhalten, die Homosexualität Minderjährigen unter 18 Jahren darstellen oder fördern.

Repression und Unterstützung

Die ungarische Regierung argumentiert, dass die Pride eine Verletzung der Rechte von Kindern darstellt und warnt, dass die Organisation oder Teilnahme an der Pride mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden könnte. Trotz dieser Drohungen unterstützte Bürgermeister Gergely Karácsony die Organisatoren und erklärte die Veranstaltung zur einem separaten kommunalen Event, das ohne Polizeigenehmigung stattfinden könne.

Die Behörden installierten zusätzlich Kameras und planten den

Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie zur Identifizierung der Teilnehmer. Dennoch betrachteten viele der Teilnehmer die Pride nicht nur als Feier, sondern auch als Teil des kontinuierlichen Kampfes für die Rechte sexueller Minderheiten und die demokratische Zukunft Ungarns.

Die anhaltenden Proteste und die Unterstützung für LGBTQ+-Rechte in der Region zeigen, dass trotz reger Widerstände sowohl vonseiten der Regierungen als auch von konservativen Gruppen, die Stimmen der Menschen unüberhörbar sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in Oradea entwickeln wird und ob der angekündigte Protest gegen das Verbot tatsächlich stattfinden kann.

Für weitere Informationen zu den Entwicklungen in Budapest und den Widerstandsaktionen gegen die Regierung von Viktor Orbán, siehe auch die Berichterstattung von **AP News** und **Verbraucherschutzforum**.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Regierungsverbot
Ort	Oradea, Rumänien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• apnews.com• verbraucherschutzforum.berlin

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at